

Dresdner Volkszeitung

Hauslieferungspreis: 18.00 M. unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 50 Pf.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Bringen zum Haus monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 50 Pf.

Schriftleitung: Postfach 10, Tel. 25 281. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25 281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 8-spaltige Komparsenzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 8-spaltige Restanzeige 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 80 Pf.

Nr. 187

Dresden, Sonnabend den 14. August 1920

31. Jahrg.

Berscharter Kampf im Saargebiet

Die Beherrscher des deutschen Saarlandes, das durch den Frieden von Versailles für anderthalb Jahrzehnte vom großdeutschen Mutterland losgelöst wurde, häufen in dem ihrer Verwaltung anvertrauten Gebiet Bedrückung auf Bedrückung. Sie wollen die 15 Jahre benutzen, um die Saar-Bevölkerung mit Gewalt zu Franzosen zu machen, um das besetzte Gebiet dann dauernd an Frankreich angliedern zu können. Aber sie beweisen mit dieser ihrer Politik nur wieder einmal, daß sie aus der Geschichte rein gar nichts gelernt haben.

Der unerhörte Druck, der auf die Bevölkerung des Saarlandes von seinen gegenwärtigen Beherrschern ausgeübt wurde, hat schon noch kaum einem Jahre zu einem so gewaltigen Aufbäumen der Bedrückten geführt, daß die Behörden nur durch eine neue ungeheure Verschärfung ihrer Bedrückungsmassnahmen der Bewegung Herr zu werden glauben. Man drohte den streikenden Beamten und Arbeitern, besonders den Eisenbahnern, Abführung in Ketten an, die französische Soldateska veranstaltete mehr Treibjagden auf Streikende, die in die Wälder verbannt waren, die Schriftleiter der Zeitungen, gleichzeitiger Partei, wurden zu Paaren getrieben, eingesperrt und die Häupter verboten. Wer politische Verfolgungen auch nur unterfunkt gemahnt, hat auf Grund des verhängten verächtlichen Belagerungszustandes Zucht- oder Todesstrafe zu gewärtigen. Schlimmer als die Schikane des französischen Kapitalismus und Militarismus in diesem besetzten Lande kann auch ein Wba einst in den Niederlanden nicht gehaut haben. Wie dieser mit seiner Unterdrückungspolitik nicht das ersehnte Ziel erreichte, so wird auch die Berechnung des Saarlandes Frankreichs imperialistische Hoffnungen und Wünsche nicht erfüllen.

Der Beamtenstreik ist, äußerlich betrachtet, nur wegen Beamtenfragen ausgebrochen. Seit Monaten verhandelt die Saargebietregierung mit den Organisationen wegen eines Statuts. Im dem neuesten Entwurf ist die Möglichkeit vorgesehen, daß unbeschränkt viele Ausländer in die Beamtenliste hineingebracht werden können. Noch im Mai d. J. hatte man den Beamten schriftlich versprochen, daß nur Saarländer und Deutsche, also keine Franzosen eingestellt werden sollen. Das Disziplinarrecht will man jetzt auch verschärfen. Aber hatten die Beamten feste Bürgerrechte gegen willkürliche Kündigung. Diese Sicherheit soll aufgehoben werden. Der Dienstzeit entscheidet in letzter Instanz über die von ihm selbst bestimmte Entlassung. Es gibt keinen Spruch des Disziplinargerichts mehr. Die leitenden Stellen der Gewerkschaft sind aber jetzt mit Franzosen besetzt. Man soll sich denken, was bei dem neuen Beamtenrecht herauskommt. Aber das Statut ist es nicht allein, das soviel böses Blut macht. Das Vereinsrecht soll ebenfalls verschärfert werden. Die Unterdrückung der Presse wird durch ein Einfuhrverbot von Zeitungsheften bewirkt. Die Gewerkschaften verlieren vorwiegend die Vorteile der Sozialversicherung. Die deutschen Saarländer sollen künftig französische Straßenschilder zu lesen bekommen. Und im Schulwesen ist ein besonders heftiger Kampf entbrannt. Nach dem Versailler Vertrag hat nämlich Frankreich das Recht, als Nebeneinrichtung zu den Vergewerkschaften und technischen Schulen für das Personal und die Kinder des Personals einzurichten und den Unterricht in französischer Sprache durch französische Lehrer erteilen zu lassen. Damit haben sich die Saarländer abgefunden. Aber nun erklärt die Saargebietregierung plötzlich den Besuch der französischen Schulen als Erfüllung der Schulpflicht auch für die Saarländer, und das eben lassen sich die Deutschen nicht gefallen.

Das sind erst einige Glieder in der furchtbaren Kette, an die das Saarland gekettet werden soll. Weitere Drangsal: der bekannte Deutschfeind Professor Rippold aus der Schweiz soll Präsident des künftigen Obergerichts in Saarbrücken werden. Dieses Obergericht ist noch gar nicht vorhanden, und schon erhebt der französische Präsident der Saargebietregierung durch Eklatanten Kompetenzkonflikte, wenn das Landgericht eine Zivilklage der Stadt Saarbrücken gegen französische Kaufleute verhandeln will. Die Sache geht über das Obergericht. Durch solche rechtswidrigen Eingriffe wird natürlich die Justiz auf den Kopf gestellt und kein Richter wagt sich seines Amtes mehr sicher. Die allgemeine Unsicherheit wird gesteigert durch den fruchtlosen Versuch der Franzosen, die Franzosen in die Verwaltung einzuführen, die nach dem Ausspruch Dr. Nolde, des stellvertretenden Syndikus der Saarbrücker Handelskammer, nichts anderes wäre als eine Salutarbefehlung der französischen „Groberer“. Die neuen Verträge des Saarlandes verlangen ja auch von den großen Betrieben, daß sie französische Kapital, meist mindestens 50 Prozent, in ihre Betriebe aufzunehmen. Sie verlangen, daß sich die Gemeinwesen in Schulden fügen, um alle Waren der französischen Wirtschaft zu kaufen. Sie verlangen, daß die französischen den Franzosen die Kohlen, für die die französische Verwaltungen 182 M. für die Löhne der französischen Arbeiter für 650 M. (das 40fache des Friedenspreises) abkauft. Sie verlangen Unmensliches, Unmögliches. Die Frucht der französischen Herrschaft und Ausbeutung ist die deutsche Generalstreik, dem die Gewalttätigkeit mit dem beschriebenen Belagerungszustand zusammen beruhen.

Wie unter dem Belagerungszustand gehaut wird, daß die Tätigkeit des außerordentlichen Kriegs-

gerichts in Saarbrücken, die am Montag begann. Es hat sogleich 30 Personen abgeurteilt, die zum Teil langjährige Zuchthausstrafen erhielten. Eine Anzahl Beamte wurde wegen Dienstverweigerung zu mehreren Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Weitere 200 Verhaftungen sind inzwischen erfolgt. Am Mittwoch hat dann eine Sitzung der Mitglieder der Regierungskommission in Anwesenheit des Generals der Besatzungstruppe, Brissaut, stattgefunden. Es wurde hierbei beschlossen, daß künftig alle Fälle, bei denen es sich um Propagandaaktivität für Deutschland handelt, vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zur Aburteilung gelangen sollen. Die Vorzensur der Zeitungen bleibt vorläufig drei Monate bestehen.

Trotz diesen drakonischen Massnahmen ist die Saargebietbevölkerung bis jetzt festgeblieben. Sie kämpft für ihr gutes Recht und sie ist überzeugt, daß es sich, wenn sie tapfer standhält, allen Unterdrückungen und Gewalttaten gegenüber durchsetzen muß.

Gegen Sabotage

Ueber die Lage im Saargebiet unterrichten folgende Meldungen:

Saarbrücken, 13. August. Seit heute früh 8 Uhr herrscht hier der allgemeine Ausnahmezustand zunächst auf 24 Stunden. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, so tritt am Montag der allgemeine Ausnahmezustand wieder in Kraft.

Die Regierungskommission erklärte, sie wolle am Beamtenstreik nichts ändern, sie wolle auch nicht mit Vertretern der Ausführenden verhandeln, solange diese die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Falls dies bis morgen geschehen sei, werde sie sich, weitgehende Nachsicht für die Arbeiter und Beamten bezuschlagen. Wer sich der öffentlichen Gewalt widersetze oder Sabotage getrieben hat, soll von dieser Vergünstigung ausgeschlossen bleiben.

Saarbrücken, 13. August. Der Kommandierende General der Truppen des Saargebietes Brissaut erläßt folgende Proklamation: In ihrem Streikverlauf haben die Beamten erklärt, daß unter keinen Umständen Sabotage akzeptieren sollen. Diese Forderung wurde verlesen und noch in letzter Stunde sind solche gegen die Eisenbahn, Telephon, Telegraphenleitungen verlesen worden. Die Arbeiter wurden auf selber Tat ermahnt, verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt. Andere haben dem Warnruf der militärischen Vorgesetzten keine Folge geleistet und sind erwischt. Es ist deshalb Befehl gegeben worden, in Zukunft auf die Arbeiter, die auf die vorgeschriebenen Anrufe nicht hören, sofort zu schießen.

Die Saargebietregierung erklärt nach einer Meldung der B. V. N. aus Köln diese Meldungen über Sabotageakte für weit übertrieben. Nur in zwei Fällen ist bisher etwas von solchen Ausschreitungen bekannt geworden. Es ist anzunehmen, daß es sich dabei um Wankenschriften von unläuteren Elementen handelt, die nichts mit der streikenden Beamtenliste gemein haben, wie sie aber bei solchen Gelegenheiten nie völlig zu vermeiden sind. In dem Aufbruch der Organisation zum Streik ist besonders betont, daß die lebenswichtigen Betriebe in Gang bleiben müssen. Ausdrücklich heißt es darin: „Sabotageakte dürfen unter keinen Umständen verübt werden.“ Die Beamtenliste und auch die Bevölkerung im allgemeinen hat bis jetzt in jeder Hinsicht völlige Ruhe und musterhafte Haltung bewahrt.

Berlin, 13. August. Alle aus dem Saargebiet ausgewiesenen und flüchtigen Saarbewohner werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich nach dem Verlassen des besetzten Gebietes sofort an die nächstgelegene Konsulatsbehörde des Völkervereinigungsbundes zu wenden. Es kommen vor allen Dingen in Betracht Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Offenbach und Düsseldorf. Es wird aber vor der Abwanderung in Großstädte gewarnt, wenn der dort herrschenden Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Ferner wollen alle Ausgewiesenen und Flüchtlinge sofort und ohne schriftliche Adresse mitteilen an die Geschäftsstelle des Völkervereinigungsbundes, Berlin SW 11, Köpenicker Straße 94.

Neueste Telegramme

Kämpfe vor Warschau - Die Russen im Korridor

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 14. August. Der Chef der polnischen hochwissenschaftlichen Armee erklärt einen deutschen Journalisten, daß Warschau von vier Seiten eingeschlossen und die Einnahme eine Frage der nächsten Zeit sei. Die russische Armee habe 60 Kilometer vor Warschau. Die andere Armeen seien schon näher heran. Früher am Abend teilte ein russischer Kommissar mit, daß in Warschau der Verkehr bereits gestoppt sei. Weiter erklärt er: Die russische Armee rückt in den Korridor ein und wird nur dann herausgehen, wenn ihn die Deutschen besetzen. Die russischen Truppen hätten bereits heute in Lodz ein-gerückt sein. Auf die Frage, ob man jetzt in Warschau schlafen werde, erklärte er: am 30. Juli hat sich in Warschau eine polnische Sowjetregierung gebildet, an deren Spitze Julian Machnowski steht. Dieser wird nach der Einnahme Warschaus dorthin überleben und mit ihnen mit Polen Frieden schließen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Warschau, 14. August. Daily Herald meldet von der polnischen Front, daß die russische Kavallerie streifte vor den Vorposten der deutschen Truppen. Die russische Armee ist augenblicklich in einer Stärke von 100 000 Mann bereit, Warschau von drei Seiten anzugreifen. Ein Moskauer Rundfunk besagt, die bolschewistische Regierung sei die bisherigen polnischen Gesamtverluste auf 30 000 Mann an Soldaten, Verwundeten und Gefangenen. Die russische Armee hat über 400 Geschütze, 700 Maschinengewehre und sehr viel Kriegsmaterial in dem besetzten Polen erbeutet.

Der Generalstreik als Waffe gegen den Krieg

Brüssel, 13. August. Der Kongress der Sozialisten nahm eine Entschließung an, wonach die Sozialisten zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition beschaffen würden. Der Beschluß solle bereits auf den russisch-polnischen Streit angewandt werden. Rotterdam, 14. August. In der gestrigen Sitzung des Arbeiterkongresses in London wurde u. a. eine Entschließung angenommen, wonach der Aktionsausschuß bestehen soll, bis vollständige Bürgerrechte dafür gegeben worden sind, daß die englischen Streitkräfte nicht dazu verwendet werden, Polen, Generalbrangel oder irgend ein Unternehmen zu helfen und zu Lande gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Weiter verlangt die Entschließung die Zurückziehung der englischen Streitkräfte, die an der Blockade gegen Sowjetrußland beteiligt sind, die Anerkennung der Sowjetregierung und die Aufnahme der uneingeschränkten Handelsbeziehungen zwischen England und Sowjetrußland. Die Entschließung erklärt ferner, die Konferenz ermächtigt den Aktionsausschuß, nötigenfalls den Rußland zu erklären, um die oben dargelegte Politik durchzuführen.

Verkehrsstreit in Hamburg

Hamburg, 13. August. Nach Berichten der Hamburger Morgenpresse haben die Verkehrsunternehmen in zwei Versammlungen einstimmig beschlossen, in den Ausnahmezustand zu treten. Am Sonntag früh werden sämtliche Verkehrsbetriebe Groß-Hamburgs stillgelegt werden.

Englands Bedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung

Paris, 13. August. Der Temps meldet, daß die englische Regierung für die Anerkennung der Sowjetregierung folgende Bedingungen stelle: Einstellung der mittelbaren und unmittelbaren Feindseligkeiten, Beibehaltung der Krieg- und Junggefangenen, Abschluß eines Abkommens zur Sicherung der Güter und Schiffe, die englischen Privatpersonen ausgeliefert wurden, soweit sie nicht eine unveräußerliche Regelung erfordern. Die Sowjetregierung nahm diese Bedingungen an.

Die sozialistische Entwicklung in England

(Von unserm englischen Mitarbeiter)

II. Ueber Gilde-Sozialismus

Der „Gilde-Sozialismus“ ist nicht eine Wirtschaftssystem, die heute in England existiert, sondern ein Programm; genau das, was man in Deutschland ein Sozialisierungs-Programm nennt. Es ist eine Utopie, das heißt: eine noch nicht verwirklichte Lebensordnung, und zwar eine sozialistische. Die Hauptbetriebe des Gilde-Sozialismus sind sich darüber vollkommen klar. Ihr Führer, Genosse G. D. H. Cole, sagt etwa folgendes: Man müsse versuchen, die Formen der künftigen Lebensordnung so klar als möglich herauszufinden, um den richtigen Ausweg aus den Tageswirren zu finden; man könne die ersten Schritte schon nicht richtig tun, wenn man nicht eine klare Idee vom Endziel habe. „Deshalb wollen wir gern den Vorwurf auf uns nehmen, Utopisten zu sein, nicht weil wir glauben, daß unsere Utopien Visionen sind, die man genau so verwirklichen wird wie wir sie sehen, sondern weil wir glauben, daß sie uns nützen und helfen, wenn wir den Problemen des Tages gegenüberstehen.“

Wenn in Deutschland Sozialisierungs-Programme aufgestellt werden, wie dies seit 1919 auch von Sozialdemokraten geschehen ist, stellt man als ihre erste Aufgabe gewöhnlich die Hebung der Produktion hin. Für den Gilde-Sozialisten, der nicht in einem heruntergewirtschafteten, sondern in einem durchaus wirtschaftlich kräftigen Lande lebt, ist dies eine Selbstverständlichkeit, die er nicht besonders hervorhebt. Aber die Grundlagen und Vorbedingungen für die Hebung der Produktion werden auch im Gilde-Programm vorgegeben, nämlich die Zusammenfassung der Industriebetriebe in große Verbände mit einheitlicher Leitung. Was Rothemann in der „Neuen Wirtschaft“ als Berufsverbände fordert, was Wiffel, Bauer, Neuwirth gefordert haben und was Lenin in Rußland versucht hat zu erlassen („Zentros-Textil“ und ähnliches), eben das sind die „Gilden“. Sie sind große Wirtschaftszweig-Organisationen, welchen unter sozialistischer Leitung ganz von selbst die bekannten Aufgaben einer vernünftigen wirtschaftlichen Standart-Politik, Arbeitsteilung von Werk zu Werk, Rationalisierung, Normierung, Typisierung usw. zufallen müssen. Gelegentlich bemerkt Cole ganz in diesem Sinne, die Industrie befindet sich derzeit „in einem schauerhaften Divergenz“, er spricht von „Kriegszustand“ in der Volkswirtschaft, in der doch die Teile „Hand in Hand arbeiten“ sollten; und darum erheime die ganze gildensozialistische Lehre zunächst als ein Plan zur vernünftigen Organisation der Industrie. Er verlangt für die Gilden die Herrschaft über den Produktionsprozeß zu dem Zwecke der Leistungssteigerung; er stellt auch ein Zinken der industriellen Leistung in England seit und bemerkt ausdrücklich: „Der Grund, weshalb die Industrie heute zurückgeht, ist der, daß die Arbeiter nicht entscheiden mitwirken; unter dem gegenwärtigen System muß die Leistung der Industrie mehr und mehr sinken, weil die Arbeiter, je deutlicher sie die wirkliche Lage erkennen, sich mehr und mehr wehren, ihre volle Produktivkraft einzusetzen, solange diese durch grundrührig unberändert bleibt; und deshalb wird die Leistung der Indu-